

GERADE. RICHTIG.

18. September: CDU wählen

Das sagt die CDU zum Thema:

Mehr Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche

Gegenseitiger Respekt, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, die Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, das Erkennen der eigenen Grenzen – dafür werden die Grundlagen während Kindheit und Jugend - in der Familie gelegt. Deshalb kommt der Förderung von Familien und jungen Menschen eine hohe Bedeutung zu. Die Förderung der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen bezüglich ihrer motorischen und kognitiven Fähigkeiten, des altersgerechten Sozialverhaltens, der Schulreife und ihrer Persönlichkeit ist nur unter einem veränderten Bildungsbegriff wirksam möglich. In diese Arbeit sollten die Eltern stärker einbezogen werden. Beispiele dafür sind im Early Excellence Center in der Kindertagesstätte Steinmetzstraße, im Nachbarschaftsheim Schöneberg und im Nachbarschaftszentrum (NUSZ) ufaFabrik e. V. zu finden. Für die nächste Legislaturperiode sehen wir folgende Aufgaben:

- Das vor einigen Jahren ins Leben gerufene Netzwerk Kinderschutz muss optimiert werden, denn in Fällen von Misshandlung oder Verwahrlosung muss Kindern schnell und gezielt geholfen werden. Notwendig ist die Kooperationen aller Beteiligten: Gesundheitsverwaltung, Kinderärzte und Hebammen, Jugendverwaltung, Kindergärten und Schulen sowie Polizei und Justiz. Diese wichtige Aufgabe erfordert einen finanziellen Schwerpunkt des Senats, denn das vorhandene Personal in den Bezirksämtern reicht hierfür nicht aus.
- Die Ausstattung der Jugendgerichtshilfe muss überprüft und ein kontinuierliches, frühzeitig einsetzendes System der Betreuung entwickelt werden. Sie stellt vor allem für die Gerichte eine wirksame Beurteilungsgrundlage dar, um auf auffällig gewordene Jugendliche und Jugendbanden bereits im Frühstadium einzuwirken. Sie trägt deshalb zu einer effizienten und schnell handelnden Justiz bei.



BERND KRÖMER.
Bezirksbürgermeister
für Tempelhof-Schöneberg.

CDU

- Der Fall der Treberhilfe hat öffentlich gemacht, dass einige der freien Träger im Jugend- und Sozialbereich eine Fehlentwicklung genommen haben. Qualität und Preis der angebotenen Leistung sollen auch im Interesse der Beschäftigten nach vergleichbaren Kriterien überprüft werden können. Wenn nötig, muss für diese Ziele auch der gesetzliche Rahmen neu gefasst werden.
- In den vergangenen Jahren ist bei den Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung ein nicht erklärbarer, kontinuierlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Wir wollen durch gezielte Steuerung die Kosten senken und zugleich auch die Qualität erhöhen, dass dies möglich ist, zeigt der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.
- Wir wollen, dass alle Jugendfreizeiteinrichtungen möglichst schnell an freie Träger abgegeben werden, weil sie deutlich flexibler auf sich verändernde Rahmenbedingungen eingehen. Sie bieten längere Öffnungszeiten und ein Mehr an attraktiven Angeboten.
- Parks, Bahnhöfe oder Bushaltestellen sind immer wieder Ausgangspunkt für Gewalt oder Kriminalität durch Jugendliche. Unkonventionelle Angebote auch in den Abend- und Nachtstunden, z. B. Sport und Musizieren unter pädagogischer Betreuung in bestimmten Problemgebieten des Bezirks, sollen künftig Jugendlichen auch abends kostenfreie Alternativen zum „Abhängen“ in ihrer Freizeit ermöglichen. Streetworker sollen diese Gruppen von Jugendlichen gezielt auf die Freizeitangebote im Bezirk hinweisen.
- Kinder und Jugendlichen sind für Sozialarbeiter am besten in den Schulen zu erreichen. Um Kinder und Jugendliche regelmäßig in ihrer Entwicklung zu beobachten und beraten und bei Problemen einen festen Ansprechpartner zu gewährleisten, setzen wir uns für eine Ausstattung aller Schulen mit Sozialpädagogen ein.
- Die Mädchenarbeit – insbesondere in Wohngebieten mit hohem Migrantenanteil – ist wichtig, um - z. B. bei Behinderung von Bildung und Ausbildung, drohender Zwangsverheiratung junger Frauen - eine Chance zu bieten, aus diesem für eine Weiterentwicklung schädlichen Umfeld zu entfliehen. Die Träger sollen dabei unterstützt werden, Anlaufstellen auszubauen und diese durch erfahrenes Personal - möglichst mit Migrationshintergrund - auszustatten.
- Weiterer Handlungsbedarf ergibt sich im Bezug auf die teilweise problematische Erziehung von Jungen in Zuwandererfamilien. Die Jugendhilfe sollte deshalb neue Unterstützungskonzepte, insbesondere zur Gewaltprävention, entwickeln.